

Dr. ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.323.550

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)14894/J-NR/2023

Wien, am 27. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Gerald Hauser, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. April 2023 unter der Nr. **14894/J-NR/2023** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Reaktion Österreichs auf die Causa von der Leyen/Bourla“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

- 1. Wie wurde bis jetzt auf die Causa betreffend des Impfstoffdeals zwischen von der Leyen und Bourla seitens Österreichs offiziell reagiert?
- 2. Wurde die österreichische Regierung über die Inhalte der Gespräche bzw. der schriftlichen Kommunikation aller Art (auch Whatsapp) zwischen der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und dem Pfizer-Chef Bourla informiert?
 - a. Falls ja, auf welche Art?
 - b. Falls ja, wann?
 - c. Falls ja, wer wurde genau in Österreich informiert?
 - d. Falls nein, haben Sie die EU-Kommissionspräsidentin gebeten, Ihnen die Informationen zu geben?
 - i. Falls ja, was war ihre Antwort?
 - ii. Falls nein, warum nicht?

- *3. Die EU wird auch von Österreich mitfinanziert. Welche politischen Konsequenzen wird Österreich aus dem intransparenten Umgang mit dem Geld der Steuerzahler ziehen?*
- *4. Welche rechtlichen Konsequenzen wird Österreich aus dem intransparenten Umgang mit dem Geld der Steuerzahler ziehen?*
 - a. Wird ein Verfahren gegen die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen seitens Österreichs eröffnet?*
 - b. Wird ein Verfahren gegen den Pfizer-Chef Albert Bourla seitens Österreichs eröffnet?*
- *5. Werden Sie sich an Ihre Kollegen im Ausland wenden und das Abberufen der EU-Kommissionspräsidentin fordern, da sie dem Ansehen der EU schadet?*
- *6. Gab es auch in Österreich, so wie Frederic Baldan aus Belgien argumentiert, mutmaßliche Verstöße bei der Verwendung der öffentlichen Finanzen unseres Landes bei der Impfstoffbeschaffung durch die EU?*

Zu der in der Anfrage relevierten Angelegenheit gibt es keine Vorgänge im Bundesministerium für Justiz. Eine Ressortzuständigkeit könnte sich nur bei einem Österreichbezug im Rahmen eines Strafverfahrens ergeben; ein solcher ist nicht bekannt. Die Fragen 3 bis 5 fallen überdies nicht in den Wirkungsbereich des BMJ.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.